

Baruther Anzeiger

Beitrag mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sürcher, Baruth (Märk.). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.



Anzeigenpreis: Die sechsheftige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehneftige Kleingröße (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürcher, Baruth (Märk.).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 153

Dienstag, den 22. Dezember

1925

Die allgemeine Wirtschaftskrise.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf annähernd 670 000 gestiegen. — Die Luftverkehrsverhandlungen in Paris nehmen ihren Fortgang, Deutschland hofft auf freie Bahn. — Polen will aus Sparankheitsgründen absteigen. — Protest der Desterreicher gegen die italienischen Bergverwaltungen in Südtirol. — Die Russen zu Verhandlungen bereit.

Die Wirtschaftskrise.

Die Anzahl der Unterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist nach der letzten Feststellung auf 4 000, die der Zuschlagsempfänger auf 819 500 gestiegen. Das bedeutet, daß nahezu 1 1/2 Millionen auf Unterstützung angewiesen sind. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Ziffern, die schon einen halben Monat zurückliegen, ständiger Steigerung begriffen sind. Ist doch allein die Zahl der Arbeitslosen in Berlin nach der letzten Aufnahme 141 281 gestiegen. Diese Arbeitslosigkeit kann nicht unberücksichtigt gelassen werden, da sie nahezu täglich Bruch in Industrie und Handel. Die sogenannten solidesten Unternehmungen geraten ins Wanken, müssen sich unter Geschäftsaufsicht stellen oder gehen gleich in Konkurs. Der Fall, daß Aktiengesellschaften fallieren, gehörte früher zu unvorstellbaren Ausnahmefällen, während er jetzt an Tagesordnung ist. In einer Denkschrift des Reichsfinanzministeriums ist der jährliche Besoldungs- und Pensionaufwand wie folgt berechnet worden: Für das Reich 141 Mill. Mark, für die Länder auf 141 Mill. Mark, für die Gemeinden auf 1500 Mill. M., 4581 Mill. Mark. Das sind mehr als 10 Prozent des gesamten Volkseinkommens, und man verkennt nicht, daß allein die Finanzverwaltung des Reiches ein Kostenaufwand von 400 Millionen Mark erfordert. Es heißt, die Eintreibung der Steuern verschlingt einen vierfachen Betrag des hohen Prozentsatzes des Steuerkommens. So ist das Verlangen nach einer Vereinigung des Steuerwesens, ganz abgesehen davon, daß die Höhe der Besteuerung erdrückend ist, die Forderung des ges. Vorkommens wird die neue Regierung, die uns als stützliches Weichheitsgeschicht besetzt werden soll, sich der Frage des Preisabbaus nicht ebenfalls hantieren.

Die Verhandlungen zur Schaffung eines Reichsflottenvertrages für die Baugeschäfte wurden wieder aufgenommen, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Am 1. Januar 1926 unter Hinzuziehung von drei parteiischen fortgesetzt.

In 14 Tagen 41 Prozent mehr Erwerbslose!

In der Zeit vom 16. bis 30. November 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 473 000 auf 664 000, d. h. um rund 41 Prozent, gestiegen. In einzelnen hat sich die Zahl der unterstützten Hauptunterstützungsempfänger von 432 000 auf 600, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger 41 000 auf 59 000 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 572 000 auf 5000 gestiegen.

Die vernachlässigten sozialen Forderungen.

Berlin, 18. Dezember. In der gestrigen Stadterordnungsversammlung hielt Oberbürgermeister Dr. Wobner eine bemerkenswerte Rede, in der er die Finanzpolitik des Reiches einer scharfen Kritik unterzog. Die Regierung habe über auswärtige Fragen die sozialen Forderungen vollkommen vernachlässigt. Dies gelte ganz besonders für das besetzte Gebiet, wo die Arbeitslosigkeit weit so groß sei wie im übrigen unbesetzten Deutschland. Nach der Statistik vom 15. November entfallen im besetzten Gebiet auf 1000 Arbeiter 7,4 Erwerbslose, im übrigen auf 13,4. Die Wirtschaft des besetzten Gebietes könne sich von der Wunde, die ihr der Widerstand geschlagen habe, nicht erholen. Die Regierung müsse hier noch ganz anders wirken als bisher. — Die Rheinbrücke bei Wesel ist von der belgischen Regierung geräumt worden. Sie wurde vom Kommandant, der im Laufe der Besetzung eingetretenen Schäden zu Reparaturen, übernommen.

Die deutsche Luftschiffahrt, unbegreifliche französische Beschränkungen.

Paris, 19. Dez. Die Verhandlungen mit dem Alliierten über die Regelung des Luftverkehrs haben offiziell be-

gonnen. Eine Einigung scheint noch nicht erfolgt zu sein. Die Neuregelung des Luftverkehrs wäre für Frankreich ebenso wichtig, aber sogar noch wichtiger als für Deutschland; aber eine unter den jetzigen Verhältnissen unbegreifliche kurzfristige Sorge vor der Gefahr deutscher Kampfflugzeuge hält die alliierten Sachverständigen noch immer davon zurück, mit den einschränkenden Konstruktionsverfügungen für die deutsche Flugzeugfabrikation gründlich aufzuräumen. Im Verlaufe der Vorbesprechungen hat ein deutscher Delegierter den Ministerialdirektor Varoche gefragt, ob er sich vorstellen könne, was die Welt dazu gesagt haben würde, wenn Frankreich vor einem Jahrshundert den Bau von Eisenbahnen hätte verhindern wollen. Genuß das gleiche würde nach 20 Jahren von den Alliierten gesagt werden, wenn sie die Entwicklung des deutschen Flugzeugbaues aus richtigen Gründen einzuschränken versuchten. Was Herr Varoche geantwortet hat, ist nicht bekannt. — Nachdem es unter großen Schwierigkeiten gelungen ist, überhaupt zu einer offiziellen Verhandlung zu kommen, haben alle Beteiligten lebhaftes Interesse daran, diese Verhandlungen erfolgreich zu machen.

Paris, 18. Dezember. In der Kammer erklärte heute vormittag bei der Diskussion des Budgets für die Luftschiffahrt der Unterstaatssekretär Laurent Eynac, daß die in Paris vorgeschrittenen Verhandlungen mit deutschen Luftschiffahrtverwaltungen unter günstigen Bedingungen begonnen hätten, und daß man wahrscheinlich in einigen Wochen zu einem Ergebnis kommen würde.

Frankreich hält an Kolonialraub fest.

Paris, 18. Dezbr. In der französischen Kammer kam es gestern anlässlich der Beratung des Kolonialhaushalts zu einer Debatte über die Möglichkeit der Rückgabe Kameruns und Togos an Deutschland. Der Berichterstatter des Budgets protestierte gegen diese in Genf aufgeworfene Möglichkeit und führte als französische Ergebnisse in den ehemaligen deutschen Kolonialgebieten die Verdoppelung der Schulen, die Unterdrückung der Sklaverei und die Einrichtung einer Eingeborenenmiliz an, wobei er jagte, daß, selbst wenn England sein Mandat über die früheren deutschen Kolonien zurückgeben wolle, dies für Frankreich kein Grund sei, dasselbe zu tun. Der Kolonialminister Perrier erklärte, daß die Wiedereingliederung französischer Kolonien an Deutschland niemals in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden und daß keine französische Regierung jemals eine solche Möglichkeit zugeben würde.

Das Deutschslovenlied im tschechischen Landtag.

Prag, 19. Dezbr. Die Sturmgänge bei der Eröffnung der Kammeression wiederholten sich gestern mit noch viel größerer Heftigkeit. Ministerpräsident Švebka war nicht insstande, auch nur einen Satz seiner Regierungserklärung dem Hause zur Kenntnis zu bringen. Er mußte sich damit begnügen, seine Rede den Stenographen zu diktieren. Schließlich schaltete von den Bänken der Slowaken ein Lied mit einem gegen die Tschechen gerichteten Text. Raum hatten sie geseht, begannen die Deutschslovenen „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen. Die Regierung bei den Tschechen ließ natürlich ins Ungeheurre. Als die Deutschen gendert hatten, brachten ihnen die Slowaken eine große Beifallsstimmung. In der Debatte über die Regierungserklärung gab Mlg. Reib (deutschslav.) namens seiner Partei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Durch die Unfriedensverträge des Jahres 1919 wurden mehr als 40 Millionen Menschen in Europa um ihr Selbstbestimmungsrecht betrogen, darunter vier fast 4 Millionen Sudetenböhmen, die wir in den tschechoslowakischen Staat gewaltsam eingepfercht wurden und weiterhin in brutaler Art und Weise in inmeren Existenzbedingungen bedroht und verewaltigt werden. Solange uns und anderen unterdrückten Nationen das Recht auf freie, unbefugte Volksabstimmung über das staatsrechtliche Schicksal widerrechtlich vorenthalten wird, kann nicht Friede und Frieden eintreten. Wir werden niemals Tschechen als Herren anerkennen. Unrecht kann auch durch tausendjährige Weibung niemals Recht werden. Wir verkünden feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern.“

Handelsvertrag mit Frankreich.

Paris, 19. Dez. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben durch die Unterzeichnung eines Protokolls in der heutigen Sitzung der beiden Delegationen einen entscheidenden Fortschritt gemacht. Wenn nicht ganz unerwartete Ereignisse eintreten, so kann man jetzt das Zustandekommen eines provisorischen Handelsvertrages, der automatisch in ein definitives übergeht, als sicher bezeichnen. Die Vorbesprechungen sind damit beendet und der Staatssekretär Trendelenburg hat mit seinem Mitarbeiter

Paris verlassen. Am 12. Januar 1926 sollen dann die letzten Verhandlungen beginnen, zu denen wieder die gesamte deutsche Delegation nach Paris kommen wird.

Südtirol-Protest in Wien, ein Appell an den Völkerverbund. Wien, 18. Dez. Gestern abend fand eine von der Großdeutschen Partei einberufene Protestversammlung gegen die Vorgänge in Südtirol statt. Es gelang eine Entschliebung zur Annahme, in der an den Völkerverbund der dringende Appell gerichtet wird, die für die Widerparteiten geltenden Bestimmungen auch für Südtirol in Anwendung zu bringen, und eine Verewerung der gegenwärtigen unerträglichen Zustände in Südtirol durchzuführen. Auch an die österreichische Regierung wurde die Aufforderung gerichtet, alles aufzubieten, damit den Südtirolern ihr Recht werde.

Ein Syrer beim Völkerverbund.

Das Mitglied des Exekutivkomitees des syrisch-palästinensischen Kongresses Hani Si-Djabri war nach Genf gekommen mit dem Auftrag, dem Völkerverbund die Wünsche des syrisch-palästinensischen Kongresses und die Beschwerden über die gegenwärtigen Ereignisse in Syrien vorzutragen. Der Rat lehnte es ab, ihn zu empfangen und der Vorsitzende des Rates, Scialoja, mit dem er eine Unterredung hatte, verbot ihm an die Mandatskommission mit dem Anheimstellen, dieser die Sache zu unterbreiten. Hani Si-Djabri richtete an den Rat ein Schreiben, worin er über das Vorgehen der französischen Truppen im Mandatsgebiet Beschwerde führt und die Forderung aufstellt, daß Syrien ein unabhängiger Staat werde.

Zwang zur Abrüstung in Polen.

Warschau, 17. Dezember. Aus Sparankheitsgründen sollen in den nächsten Tagen die erste Hälfte der Soldaten des Jahrganges 1903 sowie die noch älteren Jahrgänge aus dem Heer entlassen werden. Der Jahrgang 1903 hat nur 14 Monate Gendier. In dieser Maßnahme des Kriegsministeriums wird eine Vorbereitung zur Einführung der einjährigen Dienstzeit erblickt.

Reform des Anti-Alkohol-Gesetzes!

Paris, 19. Dezbr. Nach einer Meldung der „Information“ aus New York hat sich der Kongress in Washington für eine Reform des Prohibitivgesetzes ausgesprochen.

Mulden von japanischen Truppen besetzt.

Ungeachtet der Proteste Tschangscholins haben japanische Truppen Mulden besetzt. Im Anschluß an diese Meldung macht man den Vorschlag, Japan ein Mandat der Mächte über die Mandchurerei zu geben, damit China eine sichere Regierung habe. Japan würde zwar aus einem solchen Mandat kommerzielle Vorteile ziehen, aber wenn Japan das Mandat nicht bekommen, so würde für alle fremden Länder der Handel mit der Mandchurerei überhaupt aufgehört. Die Russen würden sich natürlich einem solchen Mandat widersetzen, da aber die Bolschewisten ihre ganze Propaganda gegen England und Japan richten, so wäre ein solcher japanischer Gegenzug nicht zu befürchten. Japan soll also für England die Kasanien aus dem Feuer holen. Das Mandat macht in seiner bekannten Gegnerschaft gegen den Frankfurter gleichzeitig den etwas phantastischen Antrag, die 100 000 aserischen Christen aus dem Mossingebiet nach Palästina abzutransportieren und dort anzusiedeln. Dann brauche man nicht mehr zum Schutze der Christen im Mossingebiet zu bleiben, und der Wtransport nach Palästina wäre billiger als der Krieg mit der Türkei.

Aus der Heimat.

Baruth, den 21. Dezember 1925.

Die älteste Weihnachtssprechtigkeit. Weihnachten mit seinem Licht und Glanz wurzelt in der Tiefe des deutschen Volksgemüts. Auch Gleichgültige können sich dem Zauber und der Züchtigkeit dieses Festes mit seiner alle verbindenden Botschaft nicht entziehen. Im alten römischen Kalender feierte man den 25. Dezember als den Tag der Sonnenwende. Dieser Tag wurde das Geburtsfest Jesu, weil sein Kommen Licht für die Welt bedeutet. Wahrscheinlich ist das Weihnachtsfest zum ersten Mal in Rom am 25. 12. 354 gefeiert worden und verbreitete sich von da aus über den ganzen Osten. Die älteste Weihnachtspredigt, die wir besitzen, hat der berühmte Kirchenvater Chrysostomus am 25. 12. 385 in Antiochia gehalten. Das Volksgemüt vernichtete sich dieses Gebietes in Lied und Wort. In Berlin erschien 1541 ein sehr schönes und nützliches Spiel von